

Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

Arbeitsgruppe 4

Genossenschaftsprinzipien und Genossenschaftstypen

Wolfgang Fabricius

1. Genossenschaftsprinzipien

Wesentlich für Erfolg und Misserfolg von Genossenschaften war und ist die Einhaltung oder Nichteinhaltung folgender impliziter und expliziter Prinzipien der Rochdaler Pioniere:

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind. Diese Rollen lassen sich in folgende Teilfunktionen auftrennen:

1. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied finanzieller Träger der Genossenschaft. Eine Finanzierung durch Externe wird grundsätzlich nur anfangs und nur vorübergehend zugelassen.
2. Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist grundsätzlich nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum personellen Träger der Genossenschaft.
3. Grundsätzlich ist das Mitglied auch der Kunde der Genossenschaft.
Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.
4. Das Mitglied produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und ist damit Produktdesigner, Auftraggeber und/oder Produzent in der Genossenschaft.

Konsumenten werden so ihr eigener Kreditgeber, Organisator und Produzent. Beispielsweise werden in Wohnungs(bau)genossenschaften die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht, der Verbraucher wird zum Produzent.

Die Produktivgenossenschaften erfüllen dieses Rochdaler Grundprinzip nur teilweise. Sie sind zwar personeller Träger und Leistungsträger, aber oft nicht der finanzielle Träger. Ihr wichtigster und wesentlichster Partner, der Konsument oder Leistungsnehmer, fehlt ihnen aber vollkommen, den müssen sie sich - als mit allen konventionellen Produzenten konkurrierender Anbieter - auf der anderen Seite des profitmaximierenden kapitalistischen Marktes, der Nachfrageseite, mittels aggressiver Werbung und/oder Preisdumping mühsam suchen.

Freiwillige und offene Mitgliedschaft: Genossenschaften sind Organisationen auf freiwilliger Basis, die jedem offen stehen, der ihre Dienste in Anspruch nehmen will und der bereit ist, die mit der Mitgliedschaft verbundene Verantwortung zu übernehmen und ohne jegliche Diskriminierung von Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse und politischer oder religiöser Überzeugung zu akzeptieren.

Das Demokratieprinzip: Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen

Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

Das Förderprinzip (im Sinne wirtschaftlicher Selbsthilfe): Die Genossenschaft ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse verbessern wollen. Genossenschaften sind primär nicht gemeinnützig sondern eigennützig und erst sekundär über bessere und preiswertere Produkte auch volkswirtschaftlich bedeutsam.

Die Rückvergütung: Die Genossenschaft kann ihre Produkte nicht zum Selbstkostenpreis abgeben, da sie Investitionen in den weiteren Ausbau oder für zusätzliche Dienstleistungen tätigen muss. Auch unsichere Preisentwicklungen müssen berücksichtigt werden. Die nach Abzug der beschlossenen Ausgaben (Investitionen, Gehälter etc.) am Jahresende erzielten Überschüsse werden den Mitglieder, nicht jedoch wie bei Kapitalgesellschaften, nach der Höhe der Einlagen, sondern in Höhe der getätigten Einkäufe bzw. nach Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen, also das „zuviel“ bezahlte Geld am Jahresende rückvergütet. Damit erhalten z.B. Familien mit Kindern höhere Rückvergütungen als Alleinstehende. Es wurde Kohlengeld der kleinen Leute genannt.

Beschränkte Kapitalverzinsung: Das genossenschaftliche Grundkapital, das von allen Mitgliedern in der Regel in Form von Geschäftsanteilen aufgebracht wird, darf, um nicht die Umverteilung von Unten nach Oben auch intern zu betreiben, allenfalls beschränkt verzinst werden. Unkritisch wäre z.B. eine der Inflationsrate entsprechende Verzinsung.

Bildungsarbeit: Die Bildungsarbeit diene in erster Linie dazu, den Mitgliedern die Kenntnisse zu vermitteln, die sie für die Gründung und Führung von Genossenschaften benötigen. In England stand aus politischen Gründen allerdings die allgemeine Schulbildung im Vordergrund.

Politische und konfessionelle Neutralität: In England war im Wesentlichen religiöse Neutralität gemeint, in Deutschland wollte man in der Kaiserzeit nicht in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.

Fazit: Entscheidend für eine genossenschaftliche Wiederbelebung und Aufbesserung des Genossenschaftsimages als Nischenökonomie ist es also, den genossenschaftlichen Konsumenten mit dem genossenschaftlichen Produzenten zu vereinen und mittels Kommunikationstechnik und Internet sowohl regional als auch weltweit einen profitfreien Markt aufzubauen.

Die Aufhebung der Trennung von Konsument und Produzent war bereits Thema bei den Rochdaler Pionieren, Franz Oppenheimer, Franz Staudinger, Rosa Luxemburg, Klaus Novy und anderen. Interessant ist, dass dieses Thema neuerdings von André Gorz, Robert Kurz und Muhammad Yunus etc. als wohl einzige Möglichkeit des Ausstiegs aus dem Kapitalismus wieder aufgegriffen wurde. Dies sollte auch uns zu grundsätzlichem Nachdenken anregen.

Die neoliberale Seite hat selbstverständlich erkannt, dass ihr mit Genossenschaften etc. das Wasser abgegraben werden könnte. Es wird deshalb auf allen Ebenen versucht, solche Ansätze durch Diversifizierung, Diffamierung (und Liquidierung?) im Keim zu ersticken.

Ein Schurkenstück in dieser Richtung sind die Novellierungen des Genossenschaftsgesetzes hin zum Aktiengesellschaftsgesetz, mit denen die Genossenschaft zur reinen Kapitalgesellschaft mutieren soll. Das Solidarkapital soll durch möglichst zinsträchtige Darlehen ersetzt werden.

2. Genossenschaftstypen

Wegen der völlig offenen Kontroverse, ob im Rahmen der solidarischen Ökonomie die Produktions- oder die Reproduktionsgenossenschaften oder auch Zwischenstufen vorrangig vorangetrieben werden sollen, ist eine Typisierung und Differenzierung der Zielsetzung und volkswirtschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Genossenschaftstypen von grundlegender Bedeutung.

Die unterschiedlichsten Genossenschaften lassen sich einerseits in die unterteilen, die ihren Schwerpunkt auf das Mitgliedergeschäft legen und andererseits in die Genossenschaften, die das Nichtmitgliedergeschäft favorisieren. Letztere lassen sich nochmals unterteilen in Genossenschaften, die sich Bereich des Grundbedarfs, der Daseinsvorsorge oder Reproduktion, betätigen und solche, die sich in Bereich des Zusatzbedarfs der Produktion, etabliert haben. Somit haben wir drei Gruppen von Genossenschaften:

- Reproduktionsgenossenschaften.
- Einkaufs- und Vertriebsgenossenschaften sowie genossenschaftliche Maschinenringe und
- Produktions- oder Produktivgenossenschaften

Entscheidend ist, wie selbstständig die jeweilige Genossenschaft im kapitalistischen Umfeld existieren und motivierend wirken kann bzw. wie weit sie von der Gesellschaft über Sonderrechte und finanzielle Zuwendungen unterstützt werden muss.

2.1. Reproduktionsgenossenschaften

... die Trennung zwischen Produktion und Konsumtion - Produzenten und Konsumenten - [ist] das größte Hindernis auf dem Weg aus dem Kapitalismus hinaus ...“

André Gorz[1]

Unter Reproduktionsgenossenschaften werden in diesem Text die Konsum-, die Wohnungs-, die Wasser- und Energiegenossenschaften sowie die Genossenschaftsbanken verstanden, die den Schwerpunkt auf das Mitgliedergeschäft legen.

Genossenschaften in „Sektoren der Reproduktion“, der Daseinsgestaltung und -vorsorge, sollten zur Unterscheidung von Produktions- oder Produktivgenossenschaften „Reproduktionsgenossenschaften“ genannt werden. Dieser Begriff bezeichnet besser die Zielsetzung dieser Unternehmungen als die Begriffe Verbraucher- oder Konsumgenossenschaften, da diese einerseits mit „Verbrauch“ oder „Konsum“ einen eher destruktiven Eindruck vermitteln, andererseits die Intention dieser Genossenschaften, sich über die Distribution hinaus auch in die Produktion vorzuarbeiten, nicht primär erkennen lassen und deshalb zu permanenten Missverständnissen führen.

Reproduktionsgenossenschaften wurden und werden von Verbrauchern auf der Abnehmerseite des kapitalistischen Marktes gegründet und stellen Produkte her oder bieten Dienstleistungen an, die für die Daseinsgestaltung und -vorsorge ihrer Mitglieder erforderlich sind. Sie betätigen sich zunächst im Dienstleistungsbereich am Ende einer Wertschöpfungskette und schließen die Verbraucher ein, verwirklichen also die Identität von Konsument und Produzent. Profiteure sind in der Regel aus diesem Verhältnis eliminiert. Die Grundfinanzierung dieser Genossenschaften erfolgt prinzipiell mit Geschäftsanteilen ihrer Mitglieder. Über ihre Tätigkeit im Dienstleistungsbereich hinaus übernehmen sie Schritt für Schritt immer weitere Teile der jeweiligen Produktionskette. Hauptziel ist es, sich dem profitmaximierenden Umfeld des kapitalistischen Marktes zu entziehen und einen neuen, nicht profitmaximierenden Markt aufzubauen.

Im Gegensatz zu Marx und den Marxisten, die den kapitalistischen Staat in Arbeiterkämpfen in einen sozialistischen überführen wollten, strebten die Vertreter der Konsumgenossenschaftsidee autonome

Strukturen an und versuchten direkte Auseinandersetzungen mit Staat und Kirche zu vermeiden.

Der Neoliberalismus hat mit der Angebotspolitik die Nachfragepolitik weltweit aus dem Feld gedrängt. Analog dazu wird mehr von Produktions- als von Konsumgenossenschaften gesprochen, obwohl das „warenproduzierende System“ nicht durch den solidarisch optimierten Produktionsprozess aufgehoben werden kann.

Konsumgenossenschaften sind Genossenschaften von Konsumenten und auf der Nachfrageseite, also diesseits des kapitalistischen Marktes angesiedelt. Sie sind an der Reproduktion von Individuum und Gesellschaft interessiert und damit - im Gegensatz zu den betriebswirtschaftlich ausgerichteten Produktionsgenossenschaften – volkswirtschaftlich orientiert.

Sie haben sich über erste Dienstleistungen der Verteilung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs hinweg sehr bald einen eigenen Großhandel und die eigene Produktion von landwirtschaftlichen und handwerklichen Gütern aufgebaut. Später kamen weitere Bereiche wie Bedarfsgegenstände, Fahrräder etc. hinzu. All diese in weiten Teilen aufgegebenen und zerstörten Strukturen gilt es wiederherzustellen und systematisch zu erweitern.

Auch die Wohn-, Wasser- und Energiegenossenschaften sowie die Genossenschaftsbanken werden im weiteren Sinne zu den Konsum- bzw. Reproduktionsgenossenschaften gerechnet.¹

2.2. Einkaufs- und Vermarktungsgenossenschaften

Einkaufs- und Vermarktungsgenossenschaften sowie genossenschaftliche Maschinenringe sind Zusammenschlüsse von gewerbetreibenden Einzelhändlern, Handwerkern oder Bauern, die im Bereich der Daseinsvorsorge angesiedelt sind und sich im wesentlichen auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes betätigen. Sie befinden sich zwar am Ende von Wertschöpfungsketten, schließen aber die Abnehmer/Verbraucher in der Regel in ihre Organisation nicht ein.

Der Jurist und Abgeordnete der preußischen Nationalversammlung Hermann Schulze-Delitzsch gründete 1849 hauptsächlich im Handwerks- und Einzelhändlerbereich sowie in der Landwirtschaft abweichend vom Konzept der Rochdaler Pioniere die ersten auf Selbsthilfe beruhenden Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher, die gemeinsam für den freien Markt konkurrenzfähiger gemacht werden sollten.

Vermarktungsgenossenschaften stehen gewissermaßen zwischen den Reproduktions- und Produktionsgenossenschaften. Sie können ökonomisch erfolgreich sein, verhalten sich aber intern wie extern oft wie kapitalistische Unternehmen.

Handwerk:

Handwerker-genossenschaften, über die sich Handwerker billiger mit Material und Geräten ausstatten konnten, wurden von Schulze-Delitzsch zur Erhaltung des Handwerks gefordert. Sie waren in diesen Bereichen leidlich erfolgreich, weil im Handwerk die Wertschöpfungsketten kurz sind und die Handwerker in der Regel dem Nutzer vor Ort direkt begegnen müssen, sie also lokal und sehr anwendernah angesiedelt sind.

Lebensmittel:

Im Lebensmitteleinzelhandel schlossen sich die Geschäftsführer von Kleinbetrieben zu immer größeren Genossenschaften zusammen, um gemeinsam einkaufen zu können. Auf dem Markt sind sie in der Regel sehr erfolgreich (z.B. Edeka und Rewe) während sich intern ihre Praktiken gegenüber Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant aber kaum von denen anderer Lebensmitteleinzelhandelsket-

¹ Weitere Konkretisierungen erfolgen im Baustein „Aktuelle Beispiele von Genossenschaften im Bereich der Reproduktion“ der Arbeitsgruppe 3 und 4

ten unterscheiden.

Internet:

Mit der Entfaltung des Internets haben sich, um bei Großanbietern von Internetdiensten Netzleistung günstiger einzukaufen und intern die Leistungen flexibler unter den Mitgliedern verteilen zu können, auch im Bereich der Internetserviceleistungen Einzelprovider zu Genossenschaften zusammengeschlossen, wie beispielsweise „Die Internetspezialisten“ in Berlin und „Hostsharing“ in Hamburg.

2.3. Produktionsgenossenschaften

Der Versuch, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, gleichzeitig aber die Verkehrsformen von Ware und Geld beizubehalten, kann nur in gesellschaftliche Paradoxien führen.

Robert Kurz 2001[2]

Produktions- oder auch Produktivgenossenschaften sind Genossenschaften von Produzenten, befinden sich also nicht auf der Nachfrageseite, diesseits des kapitalistischen Marktes, sondern sind auf der Anbieterseite, jenseits dieses Marktes angesiedelt. Sie sind in der Regel mehr oder weniger „isoliertes“ Glied einer Produktions-/Wertschöpfungskette. Durch die genossenschaftliche Organisationsform wollen sie im profitmaximierenden Umfeld besser bestehen können. Definitionsgemäß schließen sie die Endabnehmer ihrer Produkte nicht ein, betreiben also ein ausschließliches Nichtmitgliedergeschäft. Sie erfüllen damit das wichtigste Prinzip von Genossenschaften, das Identitätsprinzip, nicht und sind in der Regel betriebswirtschaftlich orientiert.

Zu den Produktivgenossenschaften wurde von Franz Oppenheimer 1896 das nach ihm benannte Transformationsgesetz formuliert. Franz Oppenheimer (1864-1943), eine herausragende Persönlichkeit innerhalb der sozialen Bewegungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, war ursprünglich praktischer Arzt im Berliner Wedding, kannte also bittere Armut. Nach intensiver Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen und der wissenschaftlichen Sozialökonomie, die er mit journalistischer Tätigkeit finanzierte, wurde ihm 1921 der erste Soziologielehrstuhl in Deutschland an der Universität Frankfurt eingerichtet. Er war auch der Doktorvater Ludwig Erhards, der sein Bild während seiner gesamten Amtszeit hinter seinem Arbeitsplatz hängen hatte.

Das Transformationsgesetz besagt: Weil die Produktionsgenossenschaften nicht wie die Reproduktionsgenossenschaften auf Mitgliederzuwachs und der damit erfolgenden Stabilisierung des Absatzes angelegt sind, waren sie im Gegensatz zu den Reproduktionsgenossenschaften nach Oppenheimers Transformationsgesetz in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. Erschwerend kam die aufwendige Entscheidungsstruktur durch die verschiedenen Ebenen hinzu. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung auch nicht von ihren Mitarbeitern, die ja Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einkommensquelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten und in der Regel auch einen Schuldendienst zu finanzieren und standen sich damit schlechter als die regulären Arbeitslosen. Sie mussten in fast allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.
2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, sich gegenüber Neumitgliedern zu verschließen und lieber Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten. Sie mutierten damit zu einer konventionellen „Angestellten-Assoziation“ mit zwei unterschiedlichen Mitarbeitergruppen (Eigentümer und Angestellte) und den entsprechenden Spannungen und Auseinandersetzungen.

Auch Rosa Luxemburg äußert sich zu diesem Problem: „Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustoßen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. ...

Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der Konsumverein.“ [3]

In der Regel verhielt es sich allerdings andersherum: Unabhängig von Produktionsgenossenschaften gegründete Konsumgenossenschaften bzw. die von den Konsumgenossenschaften gegründete Großeinkaufsgesellschaft (GEG) übernahm ohne feste Abnehmerschaft nicht lebensfähige Produktionsgenossenschaften.

Weil wir in Deutschland auf dem Rücken der 3. Welt seit 60 Jahren keine ernsthafte Wirtschaftskrise hatten, sind uns solche Probleme wie sie Franz Oppenheimer und Rosa Luxemburg in ihrer Zeit erlebt und analysiert haben, völlig aus dem Gesichtsfeld gerückt. Sie werden aber in den nächsten Jahren, wenn die Schwellenländer sich weiter entfaltet haben und auch Konkurrenten auf unseren Rohstoffmärkten geworden sind, wieder an Bedeutung gewinnen.

Um die Jahrhundertwende befasst sich deshalb auch Robert Kurz mit dieser Problematik: „Die Übel des Kapitalismus sind ... letztlich nicht den subjektiven Entscheidungen seiner Funktionsträger anzulasten, sondern der subjektlosen, fetischistischen Reproduktions- und Verkehrsform selber. Diese Erfahrung mußten und müssen immer wieder die Akteure von Betriebsbesetzungen und "Belegschaftsbetrieben" machen, die versuchen, ein ökonomisch an die Wand gefahrenes Unternehmen in eigener Regie zu betreiben. Als in den 80er Jahren die Krise der deutschen Schiffbauindustrie begann, lockte ein altmarxistischer Verlag mit dem Titel: "Stell Dir vor, die Werften gehören uns!". Und was wäre damit gewonnen? Gar nichts, denn die Markt- und Konkurrenzgesetze würden weiterhin wirken; die Belegschaft müßte sich selbst ausbeuten, zur Arbeitshetze treiben, sich selbst wegrationalisieren usw. oder eben in aller Schönheit des Kollektiveigentums bankrottieren. ...

Nicht besser als mit dem Staatseigentum steht es mit dem genossenschaftlichen Eigentum, soweit es sich um warenproduzierende Unternehmen in der Form von Genossenschaften handelt. Der Träger dieses Eigentums ist zwar nicht die juristisch-politische abstrakte Allgemeinheit der Gesellschaft, sondern ein partikulares Kollektivsubjekt. Da dieses Kollektiv eine überschaubare Einheit darstellt, wurde die Idee der Genossenschaft immer wieder mit der Keimform einer vom Kapitalismus befreiten Reproduktion in Verbindung gebracht. Auch die Alternativbewegung der frühen 80er Jahre propagierte eine "sinnvolle Produktion" in "egalitären Strukturen ohne Chefs" als Bestandteil einer emanzipatorischen alternativen Lebensweise. Aber der alternative Charakter beschränkte sich dabei von vornherein auf den sozialen Binnenraum eines warenproduzierenden Unternehmens. Die gesellschaftliche Vermittlung dagegen lief "selbstverständlich" über den Markt, auf dem die Produkte der Genossenschaft oder des Alternativbetriebs abzusetzen waren.

Damit wird natürlich nicht die Wertform aufgehoben. Die alternativen Unternehmen bleiben Teil der allgemeinen Marktwirtschaft, die nur als Realisationssphäre des Kapitals existieren kann. Deshalb bleiben sie auch Bestandteil der kapitalistischen Reproduktion und unterliegen den Zwangsgesetzen der Konkurrenz. Als "Geldverdiener" bleiben die Mitglieder eines solchen Unternehmens gleichzeitig auch untereinander trotz gegenteiligen Willens in der ökonomischen Form des Privatinteresses. ...

*Die Initiativen für entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um autonome Bereiche mit einer sozialen Identität von Produktion und Konsumtion handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die **Konsumgenossenschaften**. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der "orthodoxen" Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen läßt.“ [2]*

Schließlich kritisieren auch Imtraud Schlosser und Bodo Zeuner die Produktivgenossenschaften: „Wenn ... nur einzelne Bäckereien in Belegschaftshand übergehen und sich dann, den Marktzwängen ausgesetzt und mit wenig Kapital ausgestattet, in der kapitalistischen Ökonomie mit einer prekären Randexistenz begnügen müssen, dann ist das nicht nur nicht revolutionär, sondern es untergräbt möglicherweise auch die reformistischen Errungenschaften der sozialen Mindestsicherung und der gewerkschaftlich erkämpften Mindestlöhne.“ [4]

Ferdinand Lassalle, der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, einem Vorläufer der heutigen SPD, favorisierte allerdings - wie Marx und Engels - immer nur die Gründung von Produktivgenossenschaften. Möglicherweise betrachtete er die Konsumgenossenschaften wegen ihrer hohen Mitgliederzahlen als Konkurrenz zu seiner Partei.

In der Nachkriegsgeschichte wurden in Europa immer wieder Betriebe von ihren Belegschaften besetzt, um die Arbeitsplätze zu retten. In der Regel waren diese Betriebe deshalb von Insolvenz bedroht, weil ihre Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr ausreichend attraktiv waren. Aus diesem Grund waren sie auch fast immer überschuldet. Normalerweise sind solche Betriebe mehr oder weniger heruntergewirtschaftet, es stehen insofern nach der Übernahme dringende Investitionen in Infrastruktur und Arbeitssicherheit an, die die Aufnahme von Krediten erfordern. Auch müssen bei der Legalisierung der Besetzung, wenn kein reguläres Insolvenzverfahren durchgeführt wurde, die Schulden der Vorgänger übernommen werden. Somit sind zwar die „globalen Profiteure“ direkt eliminiert, indirekt aber über den Schuldendienst noch sehr weitgehend präsent. Mit dem Verbraucher haben diese Produktivgenossenschaften über den profitmaximierenden Markt nur indirekten Kontakt. Selbst wenn sie die Organisationsform (Produktiv-)Genossenschaft wählen, sind sie diesem Markt mit seinem Preisdumping bedingungslos ausgeliefert und landen sehr leicht in der Selbstaussaugung.

Die selbstverwalteten Betriebe Lateinamerikas werden auf den Sozialforen auf allen globalen wie regionalen Ebenen engagiert diskutiert. Catia Cristina dos Santos Costa von der Brasilianischen ANTEAG (Associação Nacional dos Trabalhadores e Empresas de Autogestão e Participação Acionária, deutsch: Nationale Vereinigung der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben) hat das Hauptproblem der selbstverwalteten Betriebe Brasiliens, die sie betreut, sehr eindrucksvoll auf dem 1. Deutschen Sozialforum 2005 in Erfurt dargestellt: Mit den Jahren der Selbstverwaltung habe sich das Verhalten der Mitarbeiter zueinander, die innere Oberfläche der Betriebe, sehr positiv verändert, die äußere Oberfläche dagegen sei unverändert geblieben.

Dieses sehr anschauliche Bild kann wohl so interpretiert werden, dass sich der kapitalistische Markt, hinter dem sich der kapitalistische Konsument verbirgt, mit der Betriebsübernahme nicht verändern ließ. Aber wie erreicht man den Konsumenten, der sich jenseits des Marktes befindet?

Um wenigsten die Verschuldung der besetzten Betriebe zu reduzieren, wurde der Referentin vom Autor die Frage gestellt, ob denn zur Reduzierung der finanziellen Probleme nicht die Bewohner der Region mit Kleinkrediten z.B. in Form einer Vorfinanzierung der später zu erwartenden Produkte herangezogen werden könnten. Ihre Antwort war, die Produktion der Betriebe, die in der Regel

Zulieferbetriebe globaler Konzerne seien, wäre vollkommen auf den globalen Markt ausgerichtet und deshalb für die Anwohner vollkommen uninteressant.

Das warenproduzierende/profitmaximierende System lässt sich nicht durch noch so solidarische Optimierung der Warenproduktion überwinden. Sie bleibt eingebettet in die neoliberal/kapitalistische Marktwirtschaft.

Wieweit es sich mit dem permanenten Propagieren von Produktivgenossenschaften um systematische Diversifikationsstrategien handelt, um generell die Genossenschaftsidee zu diskreditieren, kann nur vermutet werden. Viele verbissen in immer wieder der gleichen Form stattfindende Gründungen von Produktionsgenossenschaften, die dann erfolglos enden, erwecken gelegentlich den Eindruck bewusst induzierter falscher Strategie. Sie können allerdings auch auf einem wenig oder gar nicht vorhandenem Wissen um den eigentlichen Sinn von Genossenschaften beruhen.

Die heutige Industrie besteht aus kompliziert global vernetzten Produktionsketten. Hier ein einzelnes Glied einer solchen Produktionskette zu übernehmen und genossenschaftlich umzustrukturieren ist sinnlos, insbesondere da es sich mehrere genossenschaftliche Betriebe des gleichen Produktspektrums auf dem kapitalistischen Markt noch nicht einmal leisten können, zu kooperieren. Sie bleiben Konkurrenten und können sich allenfalls innerbetrieblich solidarisch verhalten, obwohl sich auch hier die externen Verhältnisse auswirken und mit der Zeit die überkommenen hierarchischen Strukturen wieder Platz greifen [5],[6]. Auch die fehlende Kaufkraft und die bereits herrschende Überproduktion sind keine günstigen Voraussetzungen für Betriebsübernahmen und Betriebsgründungen.

Wie man schon um die vorletzte Jahrhundertwende erkannt hatte[7], werden Waren auf dem Weltmarkt nur nach dem Arbeitsaufwand unter der besten existierenden Produktivität gehandelt. Höherer Arbeitsaufwand wegen schlechterer Infrastruktur wird aber nicht als wertbildend anerkannt. Ein Betrieb muss also immer über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen, um die erforderliche Weiterbildung und technologische Innovation realisieren zu können. Beachtet werden muss also, dass die (eigene) Arbeitskraft auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht durch Unterkapitalisierung unnötig vergeudet wird. Das ist jedoch in den meisten Betriebsbesetzungen nicht gegeben, insbesondere, wenn sie wie selbst in den lateinamerikanischen Ländern bei der Legalisierung auch die Schulden des Betriebs übernehmen müssen und damit die Unterkapitalisierung noch forciert wird.

Wenn allerdings ausreichende externe Unterstützung erfolgt, ist die Organisationsform nachrangig, es können dann auch Produktionsgenossenschaften blühen und gedeihen. So werden in lateinamerikanischen Ländern Produkte von Betrieben, die von Belegschaften übernommen wurden, vom Staat komplett aufgekauft. In Italien wurden Produktivgenossenschaften aufgrund des Marcora-Gesetzes finanziell vom Staat unterstützt. Umfänglichere staatliche Unterstützung von Genossenschaften ist aber in kapitalistischen Staaten wegen der nach den Regeln der WTO und der EU unzulässigen Wettbewerbsverzerrung nicht möglich. So musste in Italien die finanzielle Unterstützung durch den Staat aufgrund des Marcora-Gesetzes wesentlich reduziert werden.

Robert Owen, der Urvater der Produktionsgenossenschaften, führte 1799 in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark (Schottland) menschenwürdigere Arbeitsbedingungen ein. Nur befanden sich alle Einrichtungen nicht im Besitz der entstandenen Lebensgemeinschaften. Als Owen 1825 England verließ, verkaufte er seinen gesamten Besitz und Lanark zerfiel. Für Konsumgenossenschaften hatte Owen nichts übrig, er hat sie sogar als Verfälschung seiner Ideen bezeichnet.

Mondragon produziert als Genossenschaft auch mithilfe von nicht genossenschaftlich organisierten Zulieferbetrieben u.a. in Marokko und China und hat neben den Bereichen Produktion und Dienstleistungen einen Investmentbereich über den es den größten Umsatz macht. Werden hier eventuell Arbeitsplätze in Spanien über Zulieferbetriebe in Billiglohnländern und Investmentaktivitäten auf den Finanzmärkten, also durch Lohnraub in anderen Betrieben, mitfinanziert?

Nicht jedes Projekt, das sich Genossenschaft nennt, erfüllt die Prinzipien der wirtschaftlichen Selbsthilfe bzw. der Solidarischen Ökonomie.

Literaturverzeichnis

1. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus" <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>, 2001
2. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, 1899, Reprint: Dietz Verlag Berlin, 1967.,
3. Irmtraud Schlosser und Bodo Zeuner: Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie. In: Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA-Verlag Hamburg, 2006.,
4. Franz Oppenheimer: Der Staat – Eine soziologische Studie. Erstauflage 1907, Übersetzungen und Nachdrucke 1914, 1922 und 1926. Kurzfassung 1928, Reprint: Libertad Verlag Berlin 1990. <http://www.franz-oppenheimer.de/staat0.htm>, 1990
5. Stefan Kühl: Interview: Hierarchien haben Vorteile. taz, <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/hierarchien-haben-vorteile/>, 19.04.2010
6. Franz Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach. Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 2, Hamburg, 1903
7. André Gorz: Brief an Andreas Exner. <http://www.streifzuege.org/2007/ueber-den-horizont-unserer-handlungen>, 02.07.2007